

Seite: 6
 Ressort: Aus dem Maximilianeum

Gattung: Wochenzeitung
 Auflage: 17.996 (gedruckt) 16.132 (verkauft)
 17.056 (verbreitet)

Europäisches Netzwerk gegen Hacker

Was ist los mit Großbritannien? Ursprünglich wollte das Land die EU am 29. März verlassen. Doch letzte Woche hat das britische Parlament zum zweiten Mal das über Monate mit Brüssel abgestimmte Austrittsabkommen abgelehnt. Jetzt soll der Austritt sogar bis mindestens 30. Juni verschoben werden. Was das ewige Hin und Her zu bedeuten hat, sollte Simon Kendall, Generalkonsul des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, dem Europaausschuss erklären.

Viele britische Abgeordnete haben ein Problem mit dem sogenannten Backstop, erklärte Kendall. Drunter versteht man einen Notfallplan für die irische Insel. Denn nach dem Brexit gehört Irland zwar weiterhin zur EU, Nordirland aber nicht. Mit dem Backstop soll vermieden werden, dass es zu Grenzkontrollen und Einschränkungen beim Warenverkehr kommt. Viele britische Abgeordnete stört aber, dass der Backstop unbefristet und nur mit Zustimmung der EU zu beenden ist. „Es ist aber absolut notwendig, dass es keine harte Grenze in Nordirland gibt“, betonte Kendall. Der Backstop sei eine reine Notfalllösung bei einem ungeregelten Brexit – das hätten Brüssel und London in einer verbindlichen Regelung nochmal klargemacht. Ohne Erfolg.

Was auf den Aufschub des Brexits folgt, konnte Kendall den Abgeordneten nicht sagen „ohne zu spekulieren“. Er legte sich allerdings fest, dass es weder zu einem ungeregelten Austritt, noch zu einem zweiten Referendum kommen werde. Beides habe keine Mehrheit in den Parteien und der Bevölkerung.

Und falls es doch zu einem No-Deal-Brexit kommt, hat die britische Regierung laut Kendall vorgesorgt: Zum einen wurden Ratgeber über Unternehmen veröffentlicht, die über Zollverfahren bei einem ungeregelten Austritt informieren. Zum anderen Leitfäden für

Menschen aus anderen EU-Ländern entwickelt, wie sie weiterhin in Großbritannien arbeiten, leben und Leistungen des öffentlichen Diensts in Anspruch nehmen können. Kendall begrüßte es, dass in Deutschland lebende Briten nach dem Brexit drei Monate Zeit haben, ein Aufenthaltsrecht zu beantragen. „Wir hoffen aber, dass Deutschland uns noch weiter entgegenkommt“, sagte er. Seine Sorge: dass viele Briten nach der bisherigen Regelung keinen Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis erhalten werden. Egal, wie es kommt, so Kendall: Großbritannien bleibe ein untrennbarer Teil Europas. „Freundschaft ist mehr als eine EU-Mitgliedschaft.“

Ausschusschef Tobias Gotthart (FW) dankte Kendall für seine diplomatische Rede. In seiner Funktion als Abgeordneter ergänzte er aber, dass er sich nach wie vor ein Exit vom Brexit wünsche. Bei einem zweiten Informationsgespräch berichtete die leitende Direktorin des Forschungsinstituts Code an der Universität der Bundeswehr in München, Gabi Dreo Rodosek, wie die EU die Cybersicherheit in den Mitgliedstaaten verbessern will. „Bisher arbeiten zwar 700 Institutionen in Europa an dem Thema“, erläuterte sie. Das Problem: meistens jede für sich allein. Daher hat die EU-Kommission über 63,5 Millionen Euro in vier Pilotprojekte investiert: Echo, Sparta, CyberSec4Europe und – das größte – Concordia. Letzteres wird von der Universität der Bundeswehr München koordiniert. Die vier Projekte sollen die Grundlage für den Aufbau eines europäischen Netzwerks von Zentren für Cybersicherheit bilden.

Das Forschungsinstitut Code an der Bundeswehr-Uni koordiniert beim Concordia-Projekt insgesamt 46 Partner. Dazu zählen 23 Universitäten wie die Universität Mailand, das Imperial College London, die Technische Universität Darmstadt oder das Leibniz-Rechenzentrum und 23 Unternehmen wie Sie-

mens, BMW, Infineon oder Airbus Space and Defence. Durch sie und nationale Förderung konnten nochmal sieben Millionen Euro eingeworben werden. „Die Forschung in Europa ist exzellent“, sagte Rodosek. „Aber die Entwicklung von IT-Produkten und IT-Services muss besser werden.“

Zu den wichtigsten Aufgaben von Concordia gehört, Europa vor Cyberattacken zu schützen. Auch der Schutz vor sogenannten DDoS-Angriffen gehört dazu, bei denen Server durch unzählige Anfragen lahmgelegt werden. „Zukünftig sollen, unterstützt durch künstliche Intelligenz, Gegenmaßnahmen eingeleitet werden“, erklärte Rodosek. Weitere Themenfelder sind der Schutz von elektronischer Kommunikation, aber auch elektronischer Mobilität – beispielsweise beim vernetzten Fahren. Auch der Finanzsektor wird laut Rodosek häufig angegriffen. Im Bereich Medizin werde überlegt, wie medizinische Daten ausreichend verschlüsselt werden können. In der anschließenden Aussprache wollte Alex Dorow (CSU) wissen, ob die Aufgaben von Concordia selbst oder von Brüssel bestimmt werden. Das lege das europäische Förderprogramm Horizon 2020 fest, antwortete Rodosek. Florian Siekmann (Grüne) fragte, ob sich die Forschung auch an Endverbraucher richte. Rodosek betonte, es würden echte Produkte entwickelt, die von den Nutzern auf allen Ebenen genutzt werden könnten – beispielsweise um die Privatsphäre zu schützen. Fabian Mehring (FW) interessierte sich dafür, ob München jetzt zum neuen Standort für Cybersecurity wird. Ja, entgegnete Rodosek. München sei neben Oxford der einzige Standort für Quantencomputing in Europa – was Mehring wohlwollend zur Kenntnis nahm. > David Lohmann

Abbildung: München ist zu einem der wichtigsten Standorte für Cybersecurity in Europa geworden. foto: dpa/Andreas Gebert /

Wörter: 735

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Verlag Bayerische Staatszeitung, München

© 2019 PMG Presse-Monitor GmbH